

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

1.7.1924 (No. 151)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K. e. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und umdort frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Anzeigenzeile. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerbedürfnis, z. B. bei Fernreisen und Konturveränderungen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abnehmer keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen.

* Die Annahme der Militärkontrolle

Die Antwortnote, mit welcher die Deutsche Reichsregierung die von den Alliierten gewünschte nachmalige Militärkontrolle — es soll dann die letzte sein — annimmt, ist so geschickt abgefaßt, daß sogar die deutsch-nationale Presse sich nur auf eine zurückhaltende Kritik von Einzelheiten beschränkt. Allerdings wird wohl den meisten verantwortlichen Führern der Deutschnationalen Volkspartei klar geworden sein, daß Deutschland sich in einer Lage befindet, die eine Ablehnung der Militärkontrolle so gut wie unmöglich machte. Die Deutschnationalen können froh sein, daß sie nicht mit in der Regierung sitzen; denn sonst hätten sie in offizieller Form die Mitverantwortung für die Bejahung der Forderung der Alliierten übernehmen oder eine für das gesamte Vaterland überaus gefährliche Regierungskrise heraufbeschwören müssen. Man erhebt daraus wieder, daß manchmal auch das „Fernsein von Madrid“, das Nichtvertreten sein in der Regierungskoalition, seine guten Seiten hat. Man braucht nicht Farbe zu bekennen. Und bisweilen ist im politischen Leben eben die Situation so, daß dieses Farbekennen unter allen Umständen Gegnerschaft erweckt, sei es bei der Linken, sei es bei der Rechten.

Um so erfreulicher ist es, daß es der Reichsregierung gelungen ist, durch die geschickte Abfassung ihrer Antwortnote die nach Lage der Dinge stellenweise unabweisbare Kritik auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Die Antwortnote erfüllt ohne jede Zweideutigkeit und ohne jeden Vorbehalt die Forderung der Alliierten und entwirft damit alle die Kreise des Auslandes, die aus Unwohlsein gegen Deutschland behaupteten, die Deutsche Reichsregierung habe ein so schlechtes Gewissen und stehe zudem so sehr unter dem Einfluß der nationalistischen Strömung, daß sie niemals die Militärkontrolle akzeptieren werde. Diesen Leuten wird namentlich der Wind aus den Segeln genommen. Und das ganze Ausland sieht, daß wir die Militärkontrolle wahrlich nicht zu scheuen brauchen, daß wir ihr nur aus nationalem Ehrgefühl widerstreben haben.

Denn selbstverständlich nehmen wir die Militärkontrolle nur widerstrebend hin. Das kommt in der Antwortnote überzeugend zum Ausdruck. Und nur, weil die Alliierten die Annahme der Kontrolle gewissermaßen zu einer Kabinetsfrage machten, andererseits in letzter Zeit aber Beweise des Entgegenkommens und der Höflichkeit erbracht haben, haben wir dem Verlangen zugestimmt. Wenn wir es tun, sehen wir dabei voraus, da diese Politik des Auslands und der Höflichkeit, des Ausgleichs und der Beruhigung nunmehr auch fortgesetzt wird.

Schließlich enthält die Antwortnote noch eine andere Voraussetzung, nämlich die, daß „über die Modalitäten der Durchführung der Generalinspektion zwischen den Alliierten Regierungen und der deutschen Regierung eine Verständigung gefunden wird, die es ermöglicht, die Kontrolle in einer Weise durchzuführen, die bereits von dem Geiste erfüllt ist, der die Beziehungen der Völker in Zukunft befehlen soll, nämlich von dem Geiste der Achtung und des vertrauensvollen Zusammenwirkens.“ Wir möchten hoffen, daß die französische Regierung, auf die es ja in erster Linie ankommt, bei der Durchführung der Kontrolle unseren Wünschen Verständnis entgegenbringen wird. Darunter braucht der sachliche Zweck der Kontrolle keineswegs zu leiden.

Die Aufnahme unserer Antwortnote in Paris ist im allgemeinen recht günstig zu nennen. Natürlich gibt es nationalistische Blätter genug, denen sowohl der zustimmende Inhalt, wie die geschickte Formulierung der Antwortnote gar nicht in ihre Politik der Verbeugung hineinpassen. Und um sich zu helfen, verdächtigen diese Blätter die deutsche Reichsregierung in der Weise, daß sie behaupten, das Ganze sei nur ein Scheinmanöver, und Deutschland werde schon Mittel und Wege finden, um Frankreich doch zu düpiieren. Dieses Gerücht ist natürlich bärer Unsinn.

Und erfreulicherweise werden denn auch die national-istischen Organe überstimmt von dem Chor der anderen Zeitungen, die ein besseres Verständnis für die Bedeutung unserer Antwortnote an den Tag legen. Wie es heißt, ist man in französischen Regierungskreisen von der Antwortnote befriedigt. Im übrigen wird von französischer, offizieller Seite versichert, daß auch der neue Kriegsminister Nollet keineswegs von den deutschfeindlichen Gefühlen geleitet werde, die ihm die öffentliche Meinung in Deutschland nachsagt.

Die Militärkontrolle

Aus der deutschen Antwort

Deutschland hat auf die letzte Militärkontrollnote geantwortet. Die deutsche Regierung erklärt sich bereit, die Generalinspektion zuzulassen unter der ausdrücklichen Erklärung der alliierten Regierungen, daß es sich bei der geforderten Generalinspektion um den Abschluß der interalliierten Militärkontrolle und um den Übergang zu dem Artikel 213 des Versailler Vertrages vorgesehenen Verfahren handelt. Sie bittet aber, als Schlusstermin für die Generalinspektion den 30. September zu bestimmen.

Die deutsche Antwort ist würdig und klar in der Sprache und hält sich frei von jeder rhetorischen Aufmachung des deutschen Standpunktes. Die Sachlichkeit, die geboten war, hinderte nicht, das Gefühlsmäßige zu betonen, das dem Thema Militärkontrolle peinlich anhaftet. Im einzelnen wird u. a. ausgeführt:

Die deutsche Regierung kann und will nicht in Abrede stellen, daß sich in Deutschland zahlreiche Organisationen befinden, die sich die körperliche Erziehung der deutschen Jugend zur Aufgabe setzen. Diese Organisationen gehen aber bei ihren Bestrebungen von dem Gedanken aus, daß die frühere allgemeine Wehrpflicht nicht nur einen militärischen, sondern auch einen hervorragend erzieherischen Charakter hatte. Ausschlaggebend ist die Erziehung der Jugend zur Achtung vor den Gesetzen der Ordnung und Disziplin wesentlich durch die allgemeine Wehrpflicht gefördert worden. Manche Erscheinungen der Gegenwart, die geradezu eine Verwahrlosung der Jugend erkennen lassen, müssen auf das Fehlen dieser Zucht und Erziehung zurückgeführt werden. Jedes Volk wird bestrebt sein, sich eine gesunde und körperlich kräftige Jugend heranzubilden. Gegenüber dem Gefahren, die der Jugend drohen, ist die Ausbildung des Körpers die beste Gewähr. Die große Entwicklung auf sportlichem Gebiete, die in anderen Ländern weit früher als in Deutschland vor sich gegangen ist, hat jetzt auch in Deutschland dazu geführt, daß in der Jugend der sportliche Geist in immer größerer Maße gepflegt wird. Die sportlichen und turnerischen Vereinigungen der deutschen Jugend irgendeiner in Verbindung zu bringen mit militärischen Vorbereitungen Deutschlands ist daher nicht berechtigt.

Das deutsche Volk lehnt jeden Gedanken an Krieg ab, und unter allen politischen Faktoren besteht Einigkeit darüber, daß eine heimliche Waffenrüstung als ebenso unmöglich wie nutzlos und gefährlich abzulehnen ist. Demzufolge hat die Reichsregierung sich auch ernstlich bemüht, die Entwaffnung gewisser politischer Verbände, die mit den Turn- und Sportvereinen nicht verwechselt werden dürfen, rücksichtslos durchzuführen, so daß von einer ernsthaften Bewaffnung dieser Verbände nicht mehr die Rede sein kann.

Dabei will die deutsche Regierung aber nicht verhehlen, daß im deutschen Volk eine tiefgehende Erbitterung über die gegenwärtige Lage Deutschlands herrscht, eine Erbitterung, die sich in Protesten und Demonstrationen Luft macht. Diese Entwicklung der deutschen öffentlichen Meinung kann niemandem übersehen, der sich vor Augen hält, was Deutschland in den Jahren nach dem Kriege hat erleben müssen. Es liegt der deutschen Regierung fern, Wunden der Vergangenheit aufzureißen; aber sie muß darauf hinweisen, daß diese ganze Bewegung niemals eine solche Ausdehnung und niemals einen solchen Charakter erhalten hätte, wenn man Deutschland gegenüber von vornherein eine Politik der Verständigung betrieben und ihm die gleichberechtigte Mitarbeit zugestanden hätte. Das deutsche Volk hat die Empfindung, daß man ihm gegenüber jede Rücksicht auf seine wirtschaftlichen Fähigkeiten, vor allem auf sein berechtigtes Selbstgefühl, hat vermissen lassen. In einem Lande, das mit demselben Stolz an seiner Geschichte hängt wie eine andere Nation, konnte dies nicht ohne Nachwirkung bleiben. Manche Äußerungen von Staatsmännern der alliierten Mächte lassen darauf schließen, daß sich die Erkenntnis dieser Zusammenhänge Bahn zu brechen beginnt.

Mit umso größerem Recht glaubt die deutsche Regierung ihrerseits hervorheben zu müssen, daß hier tatsächlich die Ursachen der jetzigen Bewegung liegen, die in dem Schreiben an den Herrn Reichskanzler befaßt werden.

Deutschland hat seit dem Frieden keine einzige neue Kanone hergestellt, es besitzt gegenwärtig nicht einmal dasjenige Quantum an Munition, das ihm nach dem Versailler Vertrag zusteht. Es ist überhaupt in einem Zustand der Waffenlosigkeit verfallen, der ohne Gleichen in der Geschichte der Völker da steht. Das deutsche Volk kann es deshalb schlechterdings nicht verstehen, daß man von diesem Deutschland eine Bedrohung des europäischen Friedens befürchtet und derartige Befürchtungen nicht vielmehr an die Tatsache knüpft, daß der Gedanke der allgemeinen Abrüstung bei den anderen Nationen bisher keine nennenswerten Fortschritte gemacht hat. Die öffentliche Meinung in Deutschland lehnt sich gegen eine neue Kontrolle von Seiten der interalliierten Militärkommission deshalb auf, weil diese Kontrolle ihr ständig einen Eingriff in die Reichsouveränität vor Augen führt, der an sich schon etwas ganz Besonderes Verlegendes hat und überdies im Vertrag von Versailles nicht mehr begründet erscheint. Die Note der Völkervereinigung vom 23. Mai hat den Gedanken der Einsetzung eines Garantieforschusses an Stelle der Militärkommissionen fallen gelassen und die geforderte Generalinspektion ausdrücklich als den Abschluß der interalliierten Militärkontrolle bezeichnet. Die Zurückziehung der Kontrollkommission wird für einen möglichst nahen Zeitpunkt in Aus-

sicht gestellt und es wird der lebhafteste Wunsch ausgesprochen, die interalliierte Militärkontrolle durch das im Artikel 213 des Versailler Vertrages dem Völkerbund übertragenen Untersuchungsrecht ersetzt zu sehen. Daraus glaubt die deutsche Regierung wahrnehmen zu können, daß die gegenwärtige Lage durch das Bestreben gekennzeichnet wird, an die Stelle einer Politik, die von deutscher Seite als Gewaltpolitik belächelt werden mußte, eine Politik der Verständigung zu setzen und eine Politik, die zugleich mit der Lösung der Reparationsfrage auch die Verständigung aller Kampfmethoden umfaßt, die bisher zur Erzwingung dieser Lösung angewandt wurden. Die deutsche Regierung ist bereit, die Generalinspektion zuzulassen. Sie ist sich bewußt, daß sie dem deutschen Volke damit eine außerordentliche seelische Belastung zumutet. Sie setzt deshalb voraus, daß über die Modalitäten der Durchführung der Generalinspektion eine Verständigung gefunden wird, die es ermöglicht, die Kontrolle in einer Weise durchzuführen, die bereits von dem Geiste erfüllt wird, der die Beziehungen der Völker in Zukunft regeln soll. Die deutsche Regierung darf ferner der Erwartung Ausdruck geben, daß die interalliierte Kontrollkommission die Generalinspektion mit allen Mitteln beschleunigen wird. Die genaue Kenntnis aller einschlägigen Verhältnisse wird es den seit Jahren eingearbeiteten Mitgliedern der Kommission ermöglichen, die Kontrolle in kürzester Zeit zu Ende zu bringen. Die deutsche Regierung bittet daher, als Schlusstermin für die Generalinspektion den 30. September zu bestimmen.

W.T.A. Paris, 1. Juli. (Gavas.) Die Antwort der deutschen Regierung auf die Note der Völkervereinigung über die Wiederaufnahme der interalliierten Militärkontrolle wird wahrscheinlich sofort dem interalliierten Militärkomitee, dessen Vorsitz Marschall Foch führt, zur Prüfung übergeben. Das Komitee wird die rein militärische Seite der Frage prüfen. Die Völkervereinigung wird sich dann mit den Schlussfolgerungen des Komitees befassen, wenn sie die deutsche Antwort vom politischen und diplomatischen Standpunkt aus geprüft hat.

Pressestimmen des Auslandes
W.T.A. Paris, 1. Juli. Die deutsche Antwortnote über die Entwaffnungsfrage wird von der Presse eifrig besprochen. Da die Annahme ohne Vorbehalt erfolgt, ergeben sich die meisten Blätter in zum Teil recht seltenen Ausführungen über den Inhalt der deutschen Note. Einige Blätter lassen die Absicht, Mißtrauen zu säen, nur allzu deutlich erkennen.

Der „Matin“ schreibt, welche Meinung man auch über den Geist dieses Dokuments haben mag, man muß die wesentliche Tatsache hervorheben, daß Deutschland annimmt. Die alliierten Regierungen werden also Kenntnis von dieser Annahme nehmen, die sich durch eine enge und vollständige Zusammenarbeit auswirken muß. Das Reich verlangt die Versicherung, daß diese Inspektion am 30. September zu Ende geht. Wie es scheint, wird man diese ihm nicht geben können. Wenn diese Inventur als Schlußinventur gilt, und wenn die Alliierten die Militärkontrolle dann dem Völkerbund anvertrauen wollen, dann muß die Untersuchung vollkommen sein und kein Punkt darf im Dunkeln gelassen werden. Der „Petit Parisien“ schreibt, eines unserer Sprichwörter sagt: „Wer viel beweisen will, beweise nichts“. Indem die deutsche Regierung ungewöhnlich ihren guten Willen bekundet, ist sie so weit gegangen, daß sie auch den Schein leugnet. Es könne bezweifelt werden, ob General Nollet, gestern noch Vorsitzender der alliierten Militärkontrollkommission, überzeugt sein werde. Die deutschen Behauptungen stammten nur wenig mit seinen Berichten und denen des Generals Degoutte überein. Das „Deuxième“ schreibt, die Note bedeutete einen großen Fortschritt auf dem Wege der Praktifizierung. Man müsse blind sein, wenn man leugnen wollte, daß durch diese Note ein schöner Erfolg auf dem Altium der neuen französischen Außenpolitik geschrieben werden könnte. Das „Journal“ stellt die Frage, ob die Note wirklich die kategorische Zustimmung darstelle, die man verlangt habe. Die Alliierten würden gut tun, diese in der Antwort an Deutschland in Betracht zu ziehende Vorsicht sei umsonst am Platze, da, wenn Deutschland diese letzte Enquete annehme, es nicht einmal deren illusorischen Charakter verheimliche. Der „Petit Parisien“ sagt, der Ton mache die Musik. Wenn man das zulasse, dann könne die deutsche Antwort als befriedigend angesehen werden; aber es sei unmöglich, alle Behauptungen dieser Note ruhig hinzunehmen.

W.T.A. London, 1. Juli. Die Presse veröffentlicht die deutsche Antwortnote in der Frage der Militärkontrolle zum Teil im Wortlaut und bezeichnet sie als eine Annahme der alliierten Forderungen. Der verständliche Ton der deutschen Antwortnote wird hervorgehoben und allgemein darauf hingewiesen, daß die von gewissen Pariser Blättern verbreiteten Berichte über ein ablehnendes Verhalten der deutschen Note nun jeder Begründung entbehre.

Der Pariser Berichterstatter der „Westminster Gazette“ schreibt, in verantwortlichen französischen Kreisen herrsche der Eindruck, daß die Annahme der alliierten Entwaffnungsnote seitens Deutschland einen wichtigen Schritt vorwärts bedeute. Der Berichterstatter der „Morning Post“ schreibt, der verständliche Ton der deutschen Note übertrahe die Pariser Presse.

W.T.A. Rom, 1. Juli. „Nuovo Paese“ schreibt zur deutschen Antwortnote, daß derjenige, der Deutschland verbittern wolle, heute, wo das Bedürfnis internationaler Verständigungspolitik empfunden würde, damit auf immer den Weg zur europäischen Friedenspolitik geschlossen würde.

Politische Neuigkeiten

Verlängerung der Ricumverträge

Wie die „Frankf. Zig.“ aus Köln meldet, führten die Verhandlungen zwischen der Sechserkommission und der Ricum Montag nachts 11.30 Uhr zu folgendem Abschluß:

Das Ricumabkommen gilt vom 1. Juli an bis zur Inkraftsetzung des Sachverständigenutachtens. Es kann jedoch beiderseits für jeden Monatsanfang mit einer Frist von 10 Tagen gekündigt werden. Die Bestimmungen des Vertrages sind dieselben wie diejenigen des Abkommens vom 15. April mit folgenden Änderungen: Die laufende Kohlensteuer wird auf die Hälfte ermäßigt. Die Ein- und Ausfuhrabgaben werden auf die Hälfte herabgesetzt. Die Verkehrsabgaben für Nebenprodukte werden auf 10 Prozent ermäßigt. Diese Ermäßigungen erhalten rückwirkende Kraft vom 15. Juni ab. Für die Zeit der Arbeitsruhe im Ruhrbergbau werden die Lieferungen von Reparationsstoffe herabgesetzt.

Vor Unterzeichnung des Abkommens machte die Sechserkommission darauf aufmerksam, daß die Verlängerung des Abkommens für August von der Möglichkeit der Finanzierung abhängt. Sollten die alsbald einleitenden Verhandlungen mit der Reichsregierung hierüber keine Finanzmöglichkeit ergeben, so behält sich die Sechserkommission vor, den Vertrag zum 31. Juli zu kündigen.

Der Garantiepakt des Völkerbundes

Zu den in diesen Tagen gleichzeitig in Berlin und London veröffentlichten Erklärungen, die der französische Ministerpräsident Herriot gegenüber dem bekanntlich englischen Pazifisten Norman Angell abgegeben hat, wird der Berliner „Germania“ von unterrichteter Seite mitgeteilt:

Bei der Unterredung ist das Problem der Sicherheitsfrage, das Herriot in seinen früheren Erklärungen zwar kurz betont, aber nur wenig präzisiert hatte, in seiner ganzen Tragweite aufgerollt und namentlich in seiner Bedeutung für das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich erörtert worden. Wir können es in Deutschland nur begrüßen, daß Herriot an der Lösung dieses außerordentlich wichtigen Problems in einem so verständigen verständlichen Sinne herantritt, wie Norman Angell berichtet. Aus den Erklärungen des Ministerpräsidenten über den Plan eines allgemeinen unter der Ägide des Völkerbundes stehenden Garantiepaktes ist allerdings noch nicht mit Sicherheit zu erkennen, wie er sich die Verwirklichung des ihm vorschwebenden großen Zieles im einzelnen denkt. Bekanntlich hat der Gedanke eines allgemeinen Garantiepaktes im Rahmen des Völkerbundes bereits eine längere Vorgeschichte. Es wird darüber seit zwei Jahren zwischen den alliierten und neutralen Regierungen verhandelt. Die Vorschläge des englischen Vertreters Lord Cecil und des französischen Obersten Requin wurden Ende des vorigen Jahres zu einem gemeinsamen Entwurf verschmolzen der in der vorliegenden Form allerdings bei den meisten Völkerbundsmitgliedern wenig Beifall gefunden hat. Auch die gegenwärtige englische Regierung hat ihm bisher ihre Zustimmung nicht gegeben. Der Entwurf, der ebenso wie das dazu gehörende Material durch Aufnahme in das französische Gelbbuch über die Sicherheitsfrage auch weiteren Kreise bekannt geworden ist, sieht in derselben Weise, wie sie jetzt Herriot angedeutet hat, den späteren Beitritt Deutschlands vor. Er ist, wie schon gemeldet, vor einigen Monaten vom Völkerbund auch der deutschen Regierung zur Stellungnahme mitgeteilt worden.

Wir hören, daß die Vorkarbeiten für diese Stellungnahme, die das Auswärtige Amt unter Zuziehung einer Reihe von Sachverständigen eingeleitet hat, vor dem Abschluß stehen und daß die deutsche Antwort an den Völkerbund voraussichtlich in nächster Zeit abgehen wird. Nach der Veröffentlichung von Norman Angell hat es den Anschein, als ob Herriot seine Pläne zur Lösung der Sicherheitsfrage an diesen Entwurf des Völkerbundes knüpfen wolle. Man darf hoffen, daß er sich bei der weiteren Behandlung des Problems vor dem Geiste leiten lassen wird, auf den er selbst seine Hoffnung auf kommende bessere Zeiten gründet. Er kann versichert sein, daß er bei Abschluß des allgemeinen Garantiepaktes, der von diesem Geiste erfüllt ist und damit Recht und Sicherheit in Europa gewährleistet, die vorbehaltlose Zustimmung aller vernünftigen Kreise in Deutschland finden wird.

Die Regierungsbildung in Bayern

Die Besprechungen des neuen Ministerpräsidenten Held mit den in Aussicht genommenen Ressortministern und mit den Koalitionsparteien über die Kabinettsbildung und das Regierungsprogramm stehen vor dem Abschluß. Das neue Kabinett setzt sich aller Voraussicht nach folgendermaßen zusammen: Präsidium und Äußeres Dr. Held, Inneres Stübel, Kultus Dr. Matt, Finanzen Dr. Krausned, Justiz Gürtner, Handel v. Weinel, soziale Angelegenheiten Oswald und Landwirtschaft Dr. Fehr.

Die schwache bayerische Regierungsmehrheit wird von der „Augsb. Postzeitung“ vom 29. Juni folgendermaßen gekennzeichnet:

An dem zahlenmäßigen Ergebnis der Wahl des bayerischen Ministerpräsidenten kommt die **schmale Basis der neuen Koalition** am besten zum Ausdruck. Abgeordneter Dr. Held hat nur 3 Stimmen über die absolute Mehrheit erhalten. Rechnet man dazu die Stimme des für die heutige Sitzung entschuldigt gewesenen Abgeordneten Weitenbach (BWP), so sind es 4 Stimmen. Von denselben treffen aber auf die Freie Vereinigung 3 Stimmen, da die beiden Zentrumsabgeordneten Bissinger und Dr. Weismantel, sowie Abgeordneter Kratoschil (Beamter) für die Wahl Helds gestimmt haben, während von den 3 Demokraten weiße Fettel abgesehen worden sind. Es zeigt sich hier an einem typischen Fall schlagend, wie schwach die Mehrheit der neuen Koalition ist, und daß man sich auf manches Verlegen der Mehrheit gefaßt machen muß, weil bei einer so geringen Majorität die Zufälligkeiten eine allzu große Rolle spielen.

Diese unsicheren Mehrheitsverhältnisse sind umso bedenklicher, als der zahlenmäßig schwachen Mehrheit eine in ihren Mitteln nicht mächtigere Opposition gegenübersteht. Daß die **Wirtschaftlichen** schärfste Opposition machen werden, wenn es ihren Parteizwecken entspricht, haben sie selbst schon angekündigt. Und was das Haus von den Kommunisten zu erwarten hat, sah man ja bereits. Es ist unter solchen Umständen nicht ausgeschlossen, daß der freisinnige Zustand nicht offen, aber als immer drohende Möglichkeit weiter dauert, was natürlich nicht im Staatsinteresse gelegen ist.

Aufbesserung der Beamtengehälter

Die Reichsregierung hat die Neuregelung der Grundgehälter in den Besoldungsgruppen I bis VI auf Grund der vom Reichstag hierfür bewilligten Mittel, wie eine Berliner Korrespondenz meldet, vorgenommen. Die sich daraus ergebende Aufbesserung pro Monat beträgt in Besoldungsgruppe I, und zwar in der Dienstaltersstufe 6 bis 9, zwei bis acht Mark, in den Dienstaltersstufen 4 bis 9 der Gruppe II 2 M. bis 8.50 M., in den Dienstaltersstufen 2 bis 9 der Besoldungsgruppen III, IV, V und VI 2 bis 8 M. Diese Aufbesserung der Beamtengehälter gilt rückwirkend ab 1. Juni. Die Sozialzulagen sind bei dieser Neuregelung nicht erhöht worden.

Die letzte Regelung der Beamtenbesoldung. In einigen Blättern wird die Mitteilung verbreitet, die Reichsregierung habe die Reichstagsbeschlüsse über die letzte Regelung der Beamtenbesoldung ohne vorherige Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen durchgeführt. Dazu erfährt das BZV, daß die Beschlüsse des Reichstages und besonders die den Beschlüssen vorhergehenden Verhandlungen in den Ausschüssen und mit den Parteiführern der Regierung so genaue Richtlinien gegeben hatten, daß sich Verhandlungen mit den Verbänden erübrigten.

Die Lage des deutschen Weinbaus

Im Reichstagsauschuß für die besetzten Gebiete wurde die schwierige Lage behandelt, in die der deutsche Weinbau und Weinhandel dadurch geraten sind, daß Auslandsweine im besetzten Gebiet mit nur etwa einem Drittel des gesetzlichen Zollfußes verzollt werden brauchen. Von Seiten der Regierung wurde erklärt, daß, solange die deutsche Forderung auf Wiederherstellung der Zollfreiheit nicht erfüllt sei, als einziges Mittel vorerst nur der Weg bleibe, mit Hilfe der im besetzten Gebiet ausgeübten Keller- und Weinsteuerkontrolle die Einfuhr und den Zulauf zu regeln. Daraufhin ersuchte der Auschuß die Reichsregierung, die von ihr in Ermägung gebrachten Maßnahmen gegen die Einfuhr unverzollter Weine in das besetzte Gebiet beschleunigt durchzuführen.

Umformung des italienischen Faschistenkabinetts

Das italienische Kabinett Mussolini ist einer Umformung unterzogen worden. Drei Minister wurden ausgeschieden: Carozza, Minister der öffentlichen Arbeiten, weil sein Name in der Diskussion über die Finanzierung des „Corriere Italiano“ hineingezogen wurde; zweitens Gentile wegen der Unterrichtsreform; drittens Corbino wegen der Ungleichheit bei der Verwaltung des Ressorts der nationalen Wirtschaft. Es treten in derselben Reihenfolge ein: der rechtsliberale Sarochi, zweitens der Senator Galati, rechtsliberal, aber politisch wenig interessiert; drittens Cesare Majo, ursprünglich Anhänger der Popolari, dann Faschist und Minister der besetzten Gebiete. Außerdem wird das valante Kolonialressort durch den Fürsten Galea ersetzt, ursprünglich Agrarier, dann Ehrenfaschist.

Die Umformung erregt wenig Aufsehen, weil die Entlassung der drei alten Minister aus ganz anderen Gründen erfolgt ist, als denjenigen, die jetzt die innerpolitischen Leidenschaften entfehlen. Den Neuerneuerungen wird daher für die Beruhigung des Landes wenig Bedeutung zugeschrieben. „El Popolo“ weist darauf hin, daß die politische Zusammenlegung des Ministeriums die gleiche ist, und daß daher die Opposition dem Ministerium keinen besonderen Kredit gewähren könne, und das um so weniger, als die neuen Minister nach dem Urteil des „Mondo“ nicht gerade hervorragende Köpfe seien. Die monarchistische Oppositionspresse erklärt, es sei die allerhöchste Zeit, daß die königliche Regierung die Verfassung wieder herstelle.

Kurze Nachrichten

Das Reichskabinett beriet am Montag den in den Verhandlungen des Organisationskomitees in erster Lesung festgestellten Entwurf des **Bankgesetzes**.

Verhandlungen zwischen Zentrum und bayerische Volkspartei. Den Blättern zufolge fanden in Bamberg im Hause des Führers der Bayerischen Volkspartei, Domkapitular Leicht, eine Zusammenkunft zwischen der Bayerischen Volkspartei und dem Zentrum statt, die eine befriedigenden Verlauf nahm und Aussicht auf eine enge Zusammenarbeit der beiden Fraktionen im Parlament eröffnete. Der Reichsparteivorstand der Zentrumspartei billigte einstimmig die Ergebnisse der Bamberger Besprechungen. Die Aussprache soll in den nächsten Tagen fortgesetzt werden.

Kommunistische Sprengstofflager in Stuttgart. Der „Totalanzeiger“ meldet aus Stuttgart, daß die dortige Polizei verschiedene kommunistische Sprengstoff- und Handgranatenlager entdeckt. Außerdem wurden noch zwei vollständige Feldfernsprecher gefunden. Bisher wurden etwa zehn der kommunistischen Partei angehörige Personen, darunter zwei Frauen, verhaftet.

Ungültige Geleitscheine. Sämtliche Geleitscheine zur Einreise in die britische Zone über Höchst, Goldstein und Ludwigs-hafen sind für ungültig erklärt. Die Inhaber solcher Geleitscheine werden aufgefordert, diese mit genauer Adressenangabe der **Fachstelle Köln, Dönhof 28** einzuliefern. Diese stempelt die Scheine „über Genuef“ gebührenfrei um und sendet sie den Inhabern zurück.

Bei den **Magistratswahlen in Altona** erhielten dem „Vorwärts“ zufolge die Sozialdemokraten 9515, die Kommunisten 2704 und die bürgerliche Einheitsliste und die Deutschbolschewisten zusammen 7420 Stimmen. Anstelle des zum Oberbürgermeister gewählten zweiten Bürgers Brauer wurde der von den Sozialdemokraten unterstützte Kandidat Dr. Ebert-Niel mit 9943 gegenüber dem von den Bürgerlichen unterstützten Dr. v. Hansemann-Berlin, der 7420 Stimmen erhielt, zum zweiten Bürgermeister gewählt.

Ein **Schlager-Denkmal**. In Anwesenheit der Generale Ludendorff und Viekmann fand am Sonntag in Neu-Brandenburg die Grundsteinlegung zu einem Schlagerdenkmal statt.

Der **zweite internationale Städtekongress** wurde in Amsterdam eröffnet, an dem Vertreter von Städten aus zwölf verschiedenen Staaten, darunter Deutschland und Österreich, England, Frankreich, die Schweiz und Bulgarien teilnahmen.

Eine **neue Niederlage der englischen Regierung**. Reuters berichtet, daß in einem offensichtlich unbedeutenden Punkt des Budgets die Regierung im Unterhause mit 220 gegen 165 Stimmen eine neue Niederlage erlitten habe.

Das **neue südafrikanische Kabinett** wurde wie folgt gebildet: Herzog Ministerpräsident, Davenga Minister der Finanzen, Beyers Minister für Bergwerke und Industrie. Das Kabinett umfaßt außerdem die zwei Hauptführer der Arbeiterpartei, nämlich Creswell als Minister für die Verteidigung und Arbeit, sowie Boshell als Minister für Post und Telegraphie.

Reichsbank und Währungsbank. Reichsbankpräsident Dr. Schacht berichtete im Zentralauschuß an Hand des Wochenausweises der Reichsbank vom 28. Juni über die **Entwicklung des Status der Bank** während der abgelaufenen 4 Wochen, daß diese sowohl hinsichtlich der Gestaltung der Anlage wie des Zahlungsmittelumlaufs ein bedeutendes Bild ergebe. Der mitbräuchlichen Annahme der Geschäftsaufficht sei durch Änderung der gesetzlichen Bestimmungen ein **Riegel** vorgezogen worden. Bei den jüngsten Zahlungseinstellungen handelte es sich meistens um Gründungen in der Zeit der stärksten Inflation. Eine generelle Änderung der bisher verfolgten **Kreditpolitik** würde vorläufig nicht in Aussicht genommen werden. Die auf Grund des Sachverständigenplanes zu errichtende **Währungsbank** würde die Reichsbank sein, die in einer entsprechenden Form weiter bestehen bleibt. Das

Mindestkapital der Reichsbank werde 300 Millionen Goldmark, das Höchstkapital 400 Millionen Goldmark sein. Die Anteilhaber der deutschen Diskontbank würde ein gewisses Umtauschrecht mit ihren Aktien in Reichsbankaktien erhalten. Die Festlegung des Diskontfußes der Reichsbank bleibt nach wie vor allein in Händen des Reichsbankdirektoriums. Der Zentralauschuß erklärte sich mit Bilanz und Gewinnberechnung (10 Billionen Mark Dividende für je 1000 Mark Anteil, Gewinnbeteiligung des Reichs 10,3 Trillionen) einverstanden.

Badischer Teil

Minister Prof. Dr. Hellpach an die „Nationale Studentenschaft“

Auf das Schreiben der Nationalen Studentenschaft, das wir gestern abdruckten, hat der Minister für Kultus und Unterricht Prof. Dr. Hellpach folgendermaßen geantwortet:

An den **Führerauschuß der Nationalen Studentenschaft** der Technischen Hochschule Karlsruhe, Corps Franconia hier, Ettlingerstr. 11.

Sehr geehrte Herren!

Ich gebe meinem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck, daß durch eine Verwechslung an der expedierenden Stelle ein unterschrittsloses Exemplar meines an Sie gerichteten Schreibens abgehandelt wurde.

Auf die Ausführungen im zweiten Absatz Ihres Schreibens will ich darum nicht näher eingehen, weil dies eine Besprechung aller, oder wenigstens zahlreicher, Vorgänge und Vorkommnisse einschließen würde, die während der letzten Jahre wiederholt zu Besorgnissen der Unterrichtsverwaltung über manche studentenschaftliche Entwicklungen in unseren Hochschulen Anlaß gegeben haben. Ich brauche die Ereignisse bei der Besetzung des Lehrstuhls für technische Chemie und beim vorigen Rektoratswechsel nur anzudeuten, um es zu belegen, daß eine Wiedererörterung dieser Dinge im gegenwärtigen Augenblick kaum erwünscht wäre.

Im Schlußsatz Ihres Schreibens bedauern Sie die durch die Veröffentlichung meines Briefes vollzogene Aufrollung einer Angelegenheit, welche Sie „eine rein interne Angelegenheit der Studentenschaft an der Technischen Hochschule“ nennen. Dieser Ihrer Auffassung vermag ich nicht beizutreten. Wo heute die Grenze zwischen rein internen und die Öffentlichkeit interessierenden Angelegenheiten der Studentenschaft liegt, dürfte objektiv sehr schwer zu entscheiden und in jedem einzelnen Falle dem pflichtmäßigen Ermessen der Beteiligten anheimzugeben sein. Die Universitäten und Technischen Hochschulen sind ein Glied des nationalen Organismus, sie sind heute, unbeschadet wichtiger, körperhaftlicher Selbstständigkeitsrechte, Einrichtungen, des Staates, sie sind Ausbildungs- und Erziehungsstätten des überwiegenden Teils der Führerschaft unserer Nation und alle Vorgänge an ihnen haben darum seit jeher die lebhafteste und gerade von den Studentenschaften immer gern gehobene Teilnahme der Öffentlichkeit gefunden. Das badische Land bringt willig große Opfer, um seine 3 staatlichen Hochschulen auf dem ersten Stand des Ansehens vor der Welt zu halten; die Not der wissenschaftlichen Fortschritts, und die noch ergreifendere Not großer Teile der Studentenschaft, hat die deutschen Hochschulen noch enger als es in Zeiten der Blüte erforderlich war, mit der Hilfsbereitschaft mannigfacher Gruppen des Volkes verknüpft; ich darf daran erinnern, daß Fortschritt und Studentenschaft der badischen Hochschulen, z. B. dem Eintreten des Deutschen Gesandten in Bern, welcher der Sozialdemokratie angehört, und einer ganzen Reihe israelischer Spender entscheidende Hilfe in kritischen Notlagen verdanken. Angesichts dieser Tatbestände läßt sich die Anschauung nicht aufrecht erhalten, daß Strömungen und Betätigungen, durch welche einzelne Gruppen der Studentenschaft als ausschließlich national und andere als nicht so, oder überhaupt nicht national abgestempelt und dementsprechend behandelt werden, als eine rein interne Angelegenheit der Studentenschaft bewertet werden könnten. Es ist meines Erachtens die mildeste Form der Sühnemaßnahme, wenn die Regierung Veranstaltungen, die auf solcher Grundlage ins Werk gesetzt werden, fern bleibt. Im Geiste der einigen Volksgemeinschaft ohne deren Befestigung es für Deutschland überhaupt keine Zukunft von nationaler Größe mehr geben kann, und in wohlzuvernehmender Interesse der Hochschulen selber, wäre es freilich, wenn jeder Einzelne mithelfen würde, jene Strömungen samt ihren praktischen Folgerungen endlich zu überwinden. Ich lese in der Festschrift eines ehemaligen hohen Offiziers bei der gestrigen Artilleristenfeier den Satz: „Wir alle, wie auch immer der Einzelne parteipolitisch eingestellt sein mag, geeint durch die Vaterlandsliebe...“ Sollte der Geist, der aus diesen Worten spricht, nicht auch die Lebensatmosphäre der Hochschule sein? Für die politische Wiedergeburt des Reiches ist es in jedem Falle eine unerläßliche Voraussetzung, daß gerade an den vornehmsten Anstalten der deutschen Führerziehung der Einzelne und die Gruppe alle noch so ehrlich gemeinten und noch so leidenschaftlich geglaubten parteiischen Dogmen und Doktrinen für die praktische Überwindung der Gegenwartsnöte ebenso wie für die Stunden der feierlichen Bestimmung auf die großen nationalen Werte der Geschichte unbedingt zurückstellen, hinter das wichtigste und edelste Ziel der Volksgemeinschaft im Volkstum. Gerade weil ich den Weg, wo wir in Deutschland endlich so weit sind, selber erleben möchte, werde ich mich nie scheuen, in voller Aufrichtigkeit und Öffentlichkeit allem entgegenzutreten, was den Weg zu dieser Vollendungstufe des nationalen Lebens zu verlängern oder abzugeben droht.

Mit vorzüglicher Hochachtung gez. Hellpach.

Badischer Landtag

15. Sitzung

Karlsruhe, den 1. Juli 1924.

Nachdem inzwischen fleißig die Kommissionen getagt hatten, nahm heute vormittag nach mehrwöchiger Pause das Plenum seine Arbeiten wieder auf.

Präsident Dr. Baumgartner eröffnete 10 Uhr die Sitzung mit der Verlesung

zahlreicher Eingänge.

Eine Reihe von Gesuchen gewerkschaftlicher Organisationen befaßten sich mit dem Abbau des Arbeitsministeriums.

Die badischen Zeichenlehrer und Architekten nahmen Stellung zum Abbau des Referates für Zeichenunterricht im Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Die Obstbauvereine Weisgau, Lörrach, Schopheim-Schönau und Ketzingen wendeten sich gegen die Aufhebung der Obstbauinspektorielle auf der Hochburg.

Andere Eingänge betreffen den Gesetzentwurf über eine außerordentliche Steuer von den bebauten Grundstücken, den Abbau des Musikreferates im Ministerium des Kultus und Unterrichts, die Befoldungsordnung usw.

Eingegangen sind ferner Gesetzentwürfe betr. das Forststrafgesetz und das Forststrafverfahren und Änderung des Berggesetzes vom 22. Juni 1890.

Schließlich liegen noch eine höhere Zahl neuer Anträge aus dem Hause vor:

Die vollparteilichen Abgeordneten eruchten um möglichst baldige Durchführung des § 16 Abs. 3 Satz 2 der dritten Steuernotverordnung. Sie beantragen ferner, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bei der Krankenversicherung der Hausangestellten und in der Landwirtschaft fortfallen. — Ein Zentrumsantrag fordert Bereitstellung ausreichender Mittel zum Zwecke der Unterstützung der schwer vom Unwetter heimgeschlagenen Gemeinden Mündelungen, Pfaffingen und anderer Orte der Hochburg, nötigenfalls im Wege außerordentlichen Kredits. — Ein weiterer Antrag der gleichen Fraktion betrifft die Milderung der Unwetter Schäden in Mittelbaden. In derselben Richtung bewegt sich auch ein sozialdemokratischer Antrag. Ein zweiter Antrag der sozialdem. Fraktion verlangt gerechtere und sozialere Gestaltung der Beamtenbefoldung und der Löhne der Reichsarbeiter; ein dritter Antrag betrifft die Vergütung und Befolgung von Beförderungsstellen im Gebiet der Reichsbehörden. Landbauanträge wünschen die vorläufige Aufhebung der der Abgabe von Kaufsteuer entgegenstehenden Verordnungsbestimmungen und die Gewährung von Vertriebskrediten an in Not geratene Landwirte. — Eine förmliche Anfrage des Zentrums trägt nach Maßnahmen gegen den strapellosen Zinswucher wie er sich auf dem Wege des privaten Kreditgeschäfts breit macht.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wurden zunächst

kurze Anfragen

erledigt. Dem Abg. Großhans (Soz.), der sich über die Beeinträchtigung des Fußgängerverkehrs auf den Uferwegen des Bodensees durch Neubauten beklagte, wurde von Oberreg.-Rat Dr. Pfister erwidert, daß man sich nach Möglichkeit um Beseitigung der Schwierigkeiten bemühen werde.

Eine kurze Anfrage des Abg. Dr. Matthes (D. Vpt.) betraf die Beschränkungen des Kraftwagenverkehrs an Sonntagen.

Oberreg.-Rat Dr. Pfister erklärte, daß die scharfen Sperrmaßnahmen des letzten Jahres aufgehoben seien. Das Ministerium des Innern habe die Bezirksämter angewiesen, das Sonntagsverbot für Kraftfahrzeuge einzuschränken und das Verbot für den Kraftwagenverkehr einzuschränken. Im Hinblick auf die in den einzelnen Landesteilen verschiedene Umlenkmöglichkeiten für den Autoverkehr sei eine generelle Verordnung für das ganze Land unmöglich.

Auf eine Anfrage wegen Verlängerung der Schonzeit anzeiglich der im letzten schneeigen Winter stark zurückgegangenen Wildbestände wurde regierungsfremd abweichend geantwortet. Die Schonung würde wirksamer durch die freiwillige Beschränkung des Abschusses seitens der Jäger geschehen.

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfes über die

Redarlanalisierung.

Es handelt sich um die Gewährung eines Darlehens von 750 000 Goldmark an die Redar-L.G. in Stuttgart zur Fortführung der Kraftwerke Weiblingen und Redarjulm.

Die Vorlage fand in beiden Besungen einstimmige Annahme. Zur Beratung stand sodann der Antrag des Staatsministeriums auf Vorauszahlung einiger Anforderungen für

bringliche Bauarbeiten im Staatsvoranschlag 1924/25.

In die Berichterstattung für die einzelnen Ministerien teilten sich die Abg. Dr. Schmitt-Karlsruhe (Ztr.) und Dr. Götter (Dem.).

Eine längere Aussprache knüpfte sich an die Position von 200 000 M. zur Förderung des Möbel-Abzählungsgeschäfts des Badischen Bauverbands. Dagegen äußern sich die Abg. Weber-Baden (D. Volksp.), Mayer-Karlsruhe (Dil.), Götter (Ztr.) und Au (Randbünd.) während die Abg. Maier-Weidenberg (Soz.), Frau Rager (Komm.) und Siegelmeier-Oberkirch sich lebhaft dafür einsetzten.

Arbeitsminister Dr. Engler betonte die gemeinwirtschaftliche Bedeutung des badischen Bauverbands, dessen Finanzlage durchaus gesund sei. Die große Masse der Möbel werde in Baden hergestellt. Von der Anfertigung von Luxusmöbeln sei keine Rede.

Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) erklärte, daß er an sich gegen eine nochmalige Berührung der Sache im Ausschuss nichts einzuwenden habe. Im übrigen sei er für die Position.

Abg. Dr. Hummel (Dem.) sieht keinen Grund, die Anforderung abzulehnen.

Abg. Götter betraf sich auf die Stimmung in Handwerkerkreisen und beantragte Zurückweisung der Position an den Ausschuss.

Abg. Frau Dr. Bernays (Vpt.) bemerkte, man dürfe niemand das soziale Gefühl absprechen. Eine nochmalige Prüfung sei aber berechtigt, solange Bedenken bestehen, daß durch die vorgelegene Unterstützung andere Kreise geschädigt werden.

Inzwischen war eine Entschließung Wittmann (Ztr.) und Gen. eingegangen, der die Bewilligung der 200 000 M. an die Bedingung knüpft, daß die Verteilung von Luxusmöbeln unterbleibt und bei der Arbeitsvergebung das heimische Handwerk berücksichtigt wird.

Nach dem Hinweis des Ministers Dr. Engler, daß der Bad. Bauverband durchaus nach kaufmännischen und gemeinnützigen Gesichtspunkten arbeite, begründete Abg. Wittmann obige Resolution, die für alle eine annehmbare Plattform schaffen soll.

Nach kurzen Bemerkungen der Abg. Götter (Komm.), Maier-Weidenberg und Weber-Baden wurden Entschließung und Position mit Mehrheit angenommen. Die Gesamtstimmung über die in Frage kommenden Positionen des Arbeitsministeriums ergab deren Annahme bei 10 Enthaltungen.

Abg. Seubert (Ztr.) berichtete über die vorweg zu bewilligenden Summen im Bereiche der Finanzverwaltung.

Das Haus stimmte zu.

Abg. Marum (Soz.) erläuterte die Positionen im Justizetat, deren Durchführung schon jetzt in Angriff genommen werden soll.

Abg. Rüdert (Soz.) gab Aufschluß über die notwendigen Anstaltsarbeiten bei den Hochschulen, Abg. Marum über die sofort zu verwendenden Gelder unter dem Titel „Wissenschaft und Kunst“.

Das Haus beschloß im Sinne der Ausschüßanträge die Genehmigung der verlangten Summen.

Der Abg. Götter lehnte für die kommunistische Gruppe die Anforderungen für kirchliche Baudenkmäler ab. Abg. Maier namens des Landbundes die Gelder zugunsten des Landes-theaters Karlsruhe.

Abg. Dr. Schmitt-Karlsruhe (Ztr.) berichtete darauf über die Notgesetz vom 3. und 18. März betr. Änderungen des Grund- und Gewerbesteuergesetzes.

Das Haus gab mit großer Mehrheit seine Zustimmung. Kurz nach 1 Uhr wurde die Sitzung abgebrochen. Fortsetzung nachmittags 3.30 Uhr.

Eine Änderung des Berggesetzes

hat die Regierung beim Landtag beantragt. Es soll Abs. 1 in § 2 folgende Fassung erhalten: Die Ausbeutung von Salzablagerungen und Solquellen, von Eisenerzen, sowie des Bitumens in festem, flüssigem oder gasförmigem Zustand und der wegen ihres Gehaltes an Bitumen von der Bergbehörde als technisch verwertbar erklärten Gesteine bleibt dem Staate vorbehalten.

In § 3 erhält Absatz 1 folgende Fassung: Bei der vom Staate oder auf Grund einer Konzession von sonstigen Unternehmern betriebenen Ausbeutung von Salzablagerungen und Solquellen, von Eisenerzen sowie von Bitumen und der wegen ihres Gehaltes an Bitumen von der Bergbehörde als technisch verwertbar erklärten Gesteine finden hinsichtlich der kraft öffentlichen Rechts für den Betrieb maßgebenden Beschränkungen und Verpflichtungen hinsichtlich der Verhältnisse des Unternehmers zur sonstigen Bergwerkbesitzer und zu Nutzern, zu den Grundbesitzern und zu den beim Betriebe beschäftigten Personen, sowie hinsichtlich der Rechtsverhältnisse der bei einer Privatunternehmung Mitbeteiligten die Vorschriften dieses Gesetzes, soweit sie nach der Natur der Sache zutreffen, entsprechende Anwendung.

Wichtig ist noch das folgende: In § 165 Absatz 1 werden die Worte „und auf den Vorkauf im Falle der Eröffnung neuer Bergwerke“ gestrichen, und es wird dem Absatz 1 folgender Satz zugefügt: „Alle Vorkaufrechte im Falle der Eröffnung neuer Bergwerke sind aufgehoben.“ Das Gesetz tritt am 1. Mai 1924 in Kraft.

In der ausführlichen Begründung des Gesetzes wird die Entstehung und Fortentwicklung des Berggesetzes näher erläutert. Dann werden für Baden zwei Fragen aufgeworfen: 1. Erscheinen die Gründe, die in anderen Ländern bestimmend waren, die Bergbaufreiheit in gewissen Grenzen aufrecht zu erhalten, als durchschlagend oder liegen — insbesondere für Baden — Gründe vor, die Bergbaufreiheit allgemein zu beseitigen? 2. Wenn letztere Frage verneint wird, erscheint für Baden eine weitere Einschränkung der Bergbaufreiheit als Bedürfnis und bejahendensfalls bezüglich welcher Mineralien?

Nicht nur die zweite Frage, sondern auch die erste Frage kann nicht theoretisch, sondern nur nach praktischen Erwägungen beantwortet werden. Dies legt die Begründung im einzelnen fest.

Der Rechtspreklausur hat gestern abend die Vorlage in Beratung gezogen und ihr einstimmig die Zusage erteilt. Bezirksratler war Abg. Dr. Kullmann. Er bemerkte auch, daß es im Interesse des Staates liege, solche Vorrechte der Standesherrn, welche die Allgemeinheit schädigen, zu beseitigen.

Schule und Gesundheitspflege

Im Anschluß an die vom Hygienischen Institut in Freiburg veranstaltete Tuberkulosewoche fand vom 22. bis 26. Juni d. J. ein Kurs für Volksschullehrer über Schule und Gesundheitspflege statt. Nach einem grundlegenden, besonders dankbar aufgenommenen Einleitungsbeitrag des Geh. Rat Ullrich, des Direktors des Hygienischen Instituts in Freiburg, sprachen die Dozenten der verschiedenen Abteilungen meistens in den Hörsälen ihrer Kliniken über die einschlägigen Gebiete. So gab der Direktor der Freiburger Universitäts-Kinderklinik, Professor Koeggerath, mit seinem Assistenten Prof. Kommlinger und Dr. Götter einen Überblick über die Infektionskrankheiten im schulpflichtigen Alter und die Organisationen der Tuberkulosebekämpfung in Baden.

An einem weiteren Tag wurden die Grundlagen der Berufsbildung durch Prof. Müller und die große Wichtigkeit von Turnen, Sport und Spiel für die Bekämpfung der Tuberkulose durch Dr. Rantmann dargestellt. Entsprechende Vorträge durch Geh. Rat Hoche über Schule und Geisteskrankheiten und Prof. Hoff über Schule und Hautkrankheiten führten die 200 Kursteilnehmer in diese Gebiete ein. Den Abschluß der Tagung bildeten Referate über Schule und Fürsorge, Hygiene des Schulgebäudes und seine Einrichtungen und Hygiene des Unterrichts durch den Stadtschulrat Dr. Pfleger und die Dozenten Rißle und Seiffert vom Hygienischen Institut in Freiburg.

Die physiologischen und pathologischen Grundlagen soweit sie zum Verständnis dieser Dinge notwendig sind, wurden durch Ausführungen von Professor Hoffmann und Privatdozent Anders gegeben.

Der Kurs hat durch seine zweckmäßige Anlage und die außerordentlich glückliche Durchführung aller Referate in der Lehrerschaft einen so großen Anklang gefunden, daß er wohl in irgend einer Form auch an anderer Stelle des Landes durchgeführt werden sollte.

Die Kartoffelkäfer-Gefahr

P.A. Nach neuerlicher Mitteilung der Reichsregierung hat sich der aus Amerika nach Frankreich eingeschleppte Kartoffelkäfer dort in kürzester Zeit in einem Maße ausgebreitet, daß jetzt etwa 1/4 des ganzen Landes als verunreinigt oder feindverunreinigt gelten kann. Das Verbreitungsgebiet des Käfers umfaßt das ganze südwestliche Frankreich. Die Gefahr des Überreitens der Schädlinge auf deutsches Gebiet ist daher außerordentlich groß. In Sachverständigenreisen wird damit gerechnet, daß der Käfer vielleicht schon im Laufe dieses Jahres die deutsche Grenze erreichen dürfte. Am meisten bedroht ist insolge seiner Lage das badische Land.

Der Einbruch des Schädlings und seine Verbreitung in Deutschland bedeutet nach den anderwärts gemachten Erfahrungen eine nationale Gefahr. Wenn es nicht gelingt, den Käfer bei seinem ersten Eindringen vollständig zu vernichten, sind die Kartoffelernten schwer gefährdet. Die Bevölkerung hat daher allen Anlaß, dem Auftreten des Kartoffelkäfers weitgehendste Aufmerksamkeit zu schenken. Das Ministerium des Innern hat die zuständigen Stellen wie Bezirksämter

und Gemeindebehörden, Landesökonomieräte und die Hauptstelle für Pflanzenschutz angewiesen, für Aufklärung und Verbreitung der Kenntnis des Kartoffelkäfers besorgt zu sein. Auch die Landwirtschaftskammer, die landw. Vereinigungen sowie das Unterrichtsministerium sind ersucht worden, in gleichen Sinne tätig zu sein.

Die Besitzer von Kartoffelfeldern werden auf daran tun, künftig die Kartoffelpflanzen ständig zu beobachten und verdächtige Erscheinungen, insbesondere auffallende Fraßstellen am Kartoffelkraut, der Ortspolizeibehörde die das weitere zu veranlassen hat, sofort anzuzeigen. Ist der Kartoffelkäfer einmal festgesetzt, so ist von besonderer Wichtigkeit, daß bis zur Durchführung der Vernichtung, die durch das Ministerium des Innern angeordnet wird, keine Käfer, Larven, Puppen oder Eier von dem befallenen Grundstück verschleppt werden und damit Anlaß zu neuen Verseuchungen gegeben wird. Deshalb darf auch das Insekt in allen seinen Entwicklungsstadien nicht in lebendem Zustand von dem befallenen Grundstück entfernt werden.

Nur wenn es gelingt, den Kartoffelkäfer bei seinem ersten Auftreten wahrzunehmen und auf einen kleinen Verbreitungsbezirk zu beschränken, versprechen die angewandten Vernichtungsmassnahmen einigermaßen Erfolg. Daher ist es von großer Bedeutung, daß jedes erstmalige Auftreten des Kartoffelkäfers unverzüglich zur Kenntnis der Behörden gelangt.

Beschreibung des Schädlings

Eier rotgelb, zu je 10 bis 30 an der Unterseite der Kartoffelblätter. Larven in der Jugend blutrot, später orange-rot, Kopf, die sechs Beine und zwei Kerben vorangenhäufiger runder Flecken an beiden Seiten des Körpers schwarz. Ausgewachsen etwa 12 mm lang. Gestalt birnförmig. Puppen im Boden etwa 20 cm tief unter der Erdoberfläche, hell mennigrot. Käfer etwa 1 cm lang, oval geformt und unten glatt, rotgelb gefärbt mit schwarzen Flecken an Kopf und Halsschild und zehn schwarzen Längsstreifen auf den gelben Flügeldecken. Die häutigen Flügel unter den Flügeldecken lebhaft rotrot.

Die Weibchen und Gemeinden sind im Besitz von Merkmalen, welche die Lebensweise des Schädlings auf der Kartoffelpflanze darstellen.

Kommunale Rundschau

Der Karlsruher Bürgerausschuß hat am Montag nach ausführlicher Debatte und Einzelberatung der Teilvoranschläge unter Ablehnung verschiedener beantragter Abänderungen den städtischen Voranschlag mit großer Stimmenmehrheit angenommen. Zeitweilig mußte wegen kommunistischen Kundgebungen die Galerie geräumt werden.

Der Milchpreis In der am 25. Juni 1924 in Karlsruhe abgehaltenen Sitzung der Vertreter der Milchbedarfsgemeinden um über Milchpreise machten die Städte folgenden Vorschlag: Der Milchpreis ab 1. Juli 1924 beträgt 19—21 Pfennig je nach dem Versorgungsgebiet. Die Vertreter der Landwirtschaft erkennen an, daß der Vorschlag der Städte die Verhältnisse der Landwirtschaft auf weite Sicht berücksichtigt und davon Abstand nimmt, den augenblicklichen Milchüberschuß zu einem letzten Endes auch für die Städte unzumutbaren Druck auszunützen; sie erklären sich bereit, die Städte in dem Bestreben, die Milchankieferung und Abnahme in geregelten Bahnen zu halten, voll zu unterstützen.

Aufwertung der Sparfahrguthaben. In der fortgesetzten Beratung des Voranschlags 1924/25 durch den Bürgerausschuß in Singen a. S. wurde ein Antrag der demokratischen Partei auf Aufwertung der Sparfahrguthaben aus Gemeindemitteln eingebracht. Der Antrag sieht vor, daß in dem Voranschlag des Jahres 1924/25 und der folgenden Jahre ein Betrag in Höhe von 5 Prozent des Umlagesolls eingestellt wird, der der Sparkasse zur Aufwertung der Sparfahrguthaben überwiesen wird. Der Antrag wurde mit 32 gegen 21 Stimmen angenommen. Dem Antrag entsprechend wurde ein Betrag von 14 000 M. in den Voranschlag eingestellt, was eine Erhöhung der Umlage um 3 Pfennig bedeutet. Mit den beschlossenen Abänderungen des Voranschlags wurde der durch die Umlage zu deckende Fehlbetrag auf 294 000 Mark festgesetzt. In der Gesamtstimmung wurde der Voranschlag mit 42 gegen 9 Stimmen angenommen. Gegen den Voranschlag stimmten die wirtschaftl. Vereinigung und die Kommunisten.

Der Gemeinderat lehnt ab infolge von Anträgen auf Abberufung von Bauplänen zwischen Nehl und Sundheim außerhalb des gemeindefreilichen Bauplanes beschlossen, das betreffende Gelände aufzuteilen. 15 an die Schutter grenzende Gemeinden haben einen Zweiverband zur Verbesserung des Aufbaues gebildet, welchem die Stadtgemeinde ebenfalls beitrete. Weiter teilt der Stadtrat mit, daß ein Angebot auf Lieferung von serbischen Holzhäusern wegen Unrentabilität abgelehnt worden ist. Dem Bürgerausschuß soll eine Vorlage über Beteiligung der Stadt an einer Kollektivanleihe in England unterbreitet werden. Die Bedingungen sind günstig, der Zins billiger, wie der derzeitige inländische.

Der Bürgerausschuß Schopheim hat in längerer Sitzung den städtischen Voranschlag beraten und den Haushaltsplan für 1924/25 mit einem Umlagesatz von 50 Pf. einstimmig angenommen.

Aus der Landeshauptstadt

Der Rundfunk. Die hiesige Oberpostdirektion hatte am Samstag zu einem Vortrage über den Unterhaltungsfunk eingeladen. Nach Begrüßungsworten des Oberpostrates Kammerer machte Praktikant Bayer die erschienenen Gäste mit den technischen Einzelheiten bekannt, wobei er besonderes Gewicht auf die richtige Handhabung der Mikrophone zur Regulierung der Lautstärke legte. Zum Schluß trat der Stuttgarter Sender in Tätigkeit, der trotz des gewitterigen Tages das Auditorium auf kurze Zeit durch Orchestermusik etc. angenehm unterhielt. Der Oberpostbehörde wurde für die interessante Stunde allseits lebhaft gedankt.

Reisegepäck. Infolge Ergänzung der Eisenbahn-Verkehrsordnung durch Verordnung des Reichsverkehrsminister im RMV. darf das in die Personenzüge der 1., 2. und 3. Klasse mitgenommene Handgepäck das Gewicht von 25 kg. nicht übersteigen. Handgepäckstücke von mehr als 25 kg. Einzelgewicht werden, auch wenn mehrere Personen zusammen reisen, nicht zugelassen. In die 4. Klasse dürfen Gegenstände in Gesamtgewicht von nicht über 50 kg. mitgenommen werden. Gegenstände von mehr als 50 kg. Einzelgewicht werden, auch wenn mehrere Personen zusammen reisen, nicht zugelassen. Bei Zurückführung gegen diese Bestimmungen werden die als Handgepäck nicht zugelassenen Gegenstände in den Gepäckwagen gebracht und dort bis zur endgültigen Abfertigung verwahrt. Für solche Gegenstände wird von der Station ab, auf der der Reisende zugegangen ist, und wenn die Zugangsstation nicht sofort unzweifelhaft nachgewiesen wird, von der Ausgangsstation des Zuges ab je nach Art des Gutes die Gepäck- oder Expressfracht mit einem Zuschlag von 10 Goldmark, jedoch nicht mehr als die doppelte Fracht erhoben.

Schwere Unfälle. Auf dem städt. Gut bei Ruppurr stürzte ein 58 Jahre alter verh. Keller in der Scheune 15 Meter hoch herunter und zog sich so schwere Verletzungen zu, daß er noch am gleichen Tage starb. — Im Hafen von Leopoldshafen ist ein Naturheilkundiger, der dort fischen wollte, tödlich verunglückt. — Ein verheirateter Kaufmann von hier verunglückte in der Nähe von Bisferdingen mit seinem Motorrad dergestalt, daß er einen Schädelbruch und eine Gehirnerschütterung davontrug.

Städt. Konzerthaus. Heute Dienstag und täglich gelangt die Operette „Die Spinnkönigin“ zur Wiedergabe, es sei darauf hingewiesen, daß nur noch einige Wiederholungen dieser Operette stattfinden. — Vorbereitet wird f. B. die Operette „Mädi“ von Robert Stolz; es ist der Direktion gelungen, für die Partie des „Anatol“ ebenfalls Edgar Wiesenbanger als Gast zu gewinnen. „Mädi“ hatte bei seiner Erstaufführung in Berlin den größten Erfolg und beherrschte wochenlang den dortigen Spielplan. Neben einigen ersten Szenen ist das Stück reich an drolligen Einfällen; Stolz hat eine sehr hübsch leicht ins Ohr gehende Musik dazu geschrieben. — Es sei noch darauf hingewiesen, daß telefonische Bestellungen unter Nr. 570 entgegengenommen werden.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. Heidelberg, 30. Juni. Der Sohn Gerhart Hauptmanns, Benno Hauptmann, ist von der Universität Heidelberg zum Dr. rer. pol. promoviert worden. — Der Lehrstuhl der theoretischen Astronomie an der Universität Berlin ist Prof. Dr. August Kopff in Heidelberg angeboten worden. — Zum Nachfolger von Prof. Fleiner auf dem Lehrstuhl der inneren Medizin, sowie in der Leitung der medizinischen Poliklinik in Heidelberg ist Dr. med. Wilhelm Stepp-Gießen ausgerufen.

DZ. Bruchsal, 1. Juli. Im Alter von 56 Jahren ist hier der Fabrikant Heinrich Durst gestorben. Er war der Gründer der Kalkfabrik Heinrich Durst Söhne in Heidesheim. Ihm hat die Gemeinde Heidesheim die Erbauung eines eigenen Elektrizitätswerkes zu verdanken.

DZ. Bruchsal, 1. Juli. Unter den während des passiven Widerstandes ausgewiesenen hiesigen Einwohnern befand sich auch der Vorstand des hiesigen Arbeitsamtes Schumacher. Die Ausweisung ist jetzt aufgehoben und dem Ausgewiesenen die Rückkehr gestattet worden.

DZ. Offenburg, 30. Juni. Grimmschhausfeier. Das Fest, das der historische Verein für Mittelbaden zur Feier des 300. Geburtstages Grimmschhausens am 13. Juli in Mendel veranstaltet, ist groß angelegt. Nach einem feierlichen Gottesdienst mit Festpredigt eines Nachkommen des Dichters versammeln sich die Gäste zur eigentlichen Festversammlung am Denkmal. Herr Prof. Dr. Ostering-Karlsruhe hält die Festrede an der gleichen Stelle, wo vor 50 Jahren der bekannte Gelehrte Erich Schmidt anlässlich der Einweihung des Grimmschhausdenkmals sprach. Der Platz wird unter Leitung des Kunstmalers Gottwald durch reiche Fahnen- und Wimpelschmuck festlich geschmückt, schmucke Trachtenmädchen werden das Bild noch mehr beleben. Am Nachmittag um 3 Uhr findet das Freilichtspiel von Max Klaus „Simplicius Simplicissimus“ statt. Es sind 7 Szenen aus dem großen Roman Grimmschhausens, die durch Verse des Aufzuges zu einem Ganzen verbunden werden. Die Hauptdarsteller sind Künstler des städtischen Theaters in V. Baden, das ganze Stück wird von Regisseur Dr. Rube V. Baden inszeniert und verspricht, das Verständnis für Grimmschhausens Hauptwerk zu verallgemeinern und zu vertiefen.

DZ. Krozingen, 27. Juni. In einem Teil des Krozinger Werks der Firma Gebrüder Himmelsbach AG. Freiburg brach in der vergangenen Nacht ein Brand aus. Durch das rasche Eingreifen sowohl der eigenen Werkfeuerwehr als auch der Krozinger und Stauffener Feuerwehr und eines Zuges der Freiburger Feuerwehr gelang es, ein weiteres Ausbreiten des Feuers zu verhindern und den größten Teil der Gebäude, die Maschinen sowie die umfangreichen Holzlager zu retten. Durch die in den betr. Werksteilen vorübergehend notwendig werdende Betriebsstörung wird die Lieferfähigkeit der Firma, wie wir hören, nicht beeinträchtigt. Die Wiederaufbauarbeiten werden sofort in Angriff genommen.

St. Peter bei Freiburg, 26. Juni. Nach langem schwerem Leiden ist gestern Abends Dr. Nikolaus Gühr im Alter von 85 Jahren gestorben. Er wirkte hier seit vielen Jahren am Priesterseminar als Lehrer und hielt noch bis in den Monat Mai hinein seine Vorlesungen.

DZ. Badenweiler, 30. Juni. Die neueste Ausgabe der Kurzeitung weist 820 ortsanwesende Gäste auf, wovon 207 neu eingetroffen sind.

DZ. Badenweiler, 30. Juni. Am 1. Juli begeht das Hotel „Römerbad“ hier sein hundertjähriges Jubiläum. Genau vor hundert Jahren am 1. Juli 1824 ist das jetzt weltbekannte Unternehmen eröffnet worden, und befindet sich seit 1836 im Besitz der Familie Joner.

DZ. Tübingen, 1. Juli. Im Alter von 69 Jahren ist der frühere Bibliotheksdirektor Dr. Karl Geiger gestorben. Er hatte 40 Jahre seiner Lebensarbeit der Universitätsbibliothek gewidmet.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen in Millionen Mark

	1. Juli		30. Juni	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam	1 575 100	1 582 900 ¹⁰⁰	1 576 000	1 584 000 ¹⁰⁰
Kopenhagen	659 800	663 200 ¹⁰⁰	684 300	687 700 ¹⁰⁰
London	180 500	181 500 ¹⁰⁰	181 500	182 500 ¹⁰⁰
Paris	18 105 000	18 185 000 ¹⁰⁰	18 130 000	18 220 000 ¹⁰⁰
Brüssel	4 190 000	4 210 500 ¹⁰⁰	4 190 000	4 210 500 ¹⁰⁰
Wien	218 500	219 500 ¹⁰⁰	221 900	223 100 ¹⁰⁰
Schwiz	744 100	744 900 ¹⁰⁰	741 600	743 400 ¹⁰⁰
Prag	122 900	123 500 ¹⁰⁰	123 500	124 100 ¹⁰⁰
Wien (100 Kronen)	59 100	59 300 ¹⁰⁰	58 900	59 100 ¹⁰⁰

Die kleine Differenz bedeutet die Zurechnung in Prozent Deutsche Steinzeugwarenfabrik für Kanalisation und Chemische Industrie Friedrichsfeld in Baden. Die Generalversammlung genehmigte einstimmig sämtliche Anträge der Verwaltung. Der § 13 des Statuts wurde dahin abgeändert, daß der Aufsichtsrat, statt wie bisher aus höchstens 7, für die Folge aus höchstens 8 Mitgliedern besteht. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde Herr Lorenz Gabn, Esfen.

Die Volksbank Endingen hielt dieser Tage ihre 58. ordentliche Generalversammlung bei gutem Besuche ab. Nach dem Jahresbericht beträgt der Gesamtumsatz für 1923 48 296 Millionen, der Reingewinn 4965,15 Goldmark. Sämtliche Punkte der Tagesordnung wurden einstimmig genehmigt. Die alle Geldinstitute ist auch die Volksbank beehrt, die Genossenschaftsanteile, Wertpapiere sind wertlos und die Reserven verloren. Man ist gezwungen, von vorne anzufangen. Die Goldmarköffnungsbilanz zeigt eine Bilanzsumme von 12 012 84 Goldmark, wovon vom Reingewinn den 816 Mitgliedern je 1 Goldmark, gleich 816 Goldmark gutgeschrieben werden; dem neugegründeten Reservefonds werden 3000 Goldmark zugewiesen; auf neue Rechnung werden 1149,15 Goldmark vorgelagert. Der Geschäftsanteil jedes Mitgliedes beträgt 200 Goldmark.

Uhrenfabrik vorm. L. Furtwängler Söhne AG. Der gewöhnliche Auftragsbestand in der Uhrenfabrikation der Firma beläuft sich auf etwa 400 000 Goldmark und sichert für die nächsten 3 bis 4 Monate volle Beschäftigung. Auch der Absatz der Produktion an Schweizermaschinen ist für die nächsten 3 bis 4 Monate gesichert. In Anbetracht des Auftragsbestandes können die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr als befriedigend bezeichnet werden.

Volksbank Neustadt i. Schwarzwald. Vergangenen Sonntag hielt die Volksbank Neustadt e. G. m. B. G. hier ihre ordentliche Generalversammlung ab. Nach kurzer Begrüßung durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats wurde der Geschäftsbericht erörtert. Die Bilanz, die einen Gewinn von 27 Trillionen Papiermark zeigt, fand die Genehmigung der Versammlung, ebenso die Goldmarköffnungsbilanz. In bezug auf die Aufwertung wurde beschlossen, für die bis 1918 einbezogenen Stammanteile eine Aufwertung von etwa 5 Prozent zu gewähren, daß aber, je nachdem die Bank in den nächsten Jahren abschleife, eine weitere Aufwertung gegeben soll. Als Geschäftsanteil wurden 300 Mark neu festgesetzt, der Höchstlimit wurde auf 10 000 M. und der Höchstbetrag der aufzunehmenden fremden Gelder auf 300 000 M. festgelegt. Infolge Ausscheidens des bisherigen Direktors Müller wurde das bisherige Aufsichtsratsmitglied Fabrikant Franz Morat zum Direktor gewählt.

Freie Aussprache

Mit dankenswerter Unterstützung unter dieser, von obigen redaktionellen Teil abgehenden Arbeit beschleunigte Darlegungen und Anregungen aus allen Parteien, um auf diese Weise eine freie Aussprache zu ermöglichen. Selbstverständlich bewegt sich diese Aussprache außerhalb der politischen Verantwortung der Redaktion.

Besetzung der Bürgermeister.

Aus Bürgermeisterei freien wird uns geschrieben: Vor kurzem ist eine Notiz in der Tagespresse erschienen, welche die Richtlinien des Reichsrichtersgerichts über die Besetzung der Bürgermeister bekannt gegeben und den Gemeindevorständen empfohlen hat, die Zurückstufung anlässlich der auf 1. Juni 1924 eingetretenen allgemeinen Erhöhung der Grundgebühren zu veranlassen, falls die Besetzung im Vergleich zu den Richtlinien zu hoch erscheinen sollte. Diese Notiz hat nicht nur in den beteiligten Kreisen, sondern auch im übrigen berechtigtes Aufsehen erregt. Dem Verfasser der Notiz sei folgendes gesagt: 1. Die Einführung des Tarifsystems war bei Beginn der Geldentwertungsperiode gewiß eine Notwendigkeit, sie hatte aber auch sehr große Nachteile, weil die guten Kräfte herab-

gedrückt und die schlechten gehoben wurden. Vom Standpunkt der Gerechtigkeit und der Wirtschaftlichkeit aus gesehen, war dies sehr bedauerlich, vom Gesichtspunkt des öffentlichen Interesses aus geradezu gefährlich, weil eine Mittelmäßigkeit erzogen wird, die auf die Dauer nicht beibehalten werden kann. Staat und Reich haben sich allerdings dadurch geholfen, daß sie die Beamten der Ministerien besser bezahlten als die übrigen; den Städten und den Gemeinden aber will man eine derartige Möglichkeit nicht zugeben, und zwar auch bei den verantwortlichen Leitern nicht, trotzdem sie im Mittelpunkt des politischen Lebens und im lebendigen Wirtschaftsbetrieb stehen und durch geschickte Führung der Geschäfte den Gehalt für viele Jahre in einer Stunde verdienen können. Ein Vergleich mag die Widerständigkeit dieses Zustandes beweisen. Ein Oberregierungsrat (Hilfsreferent) des Ministeriums befindet sich mit Recht in Gruppe XII und der Registratur- oder Kanzleibeamte des Ministeriums in Gruppe X, während der Bürgermeister einer Stadtgemeinde von 5000 Einwohnern in Gruppe IX eingestuft werden soll. Was soll man dazu sagen?

2. Alle verantwortlichen Männer sind sich darüber klar, daß eine Schematisierung des öffentlichen Lebens, wie sie im Besoldungssperregesetz zum Ausdruck kommt, von Verderben ist und daher nicht länger beibehalten werden kann, daß vielmehr wieder eine Individualisierung Platz greifen muß, die den Kern zum Wiederaufstieg in sich trägt und die in der Privatwirtschaft niemals verlassen worden ist. Während man nun, wenn auch noch zögernd, daran geht, aus dem unerträglichen Zwang des Besoldungssperregesetzes herauszukommen, wird zuweilen, natürlich nicht immer aus sachlichen Gründen, versucht, dem Besoldungssperregesetz eine noch schärfere Note zu geben, um auch in den Städten und Gemeinden das zu erreichen, was bisher nur bei Reich und Staat erreicht worden ist, daß nämlich die Form mehr bedeutet als der Inhalt. Die Städte und die Gemeinden sind gerade deshalb, weil sie den Weg gingen, den die Privatwirtschaft mit glänzendem Erfolg gewandelt hat, zu höchster Blüte gelangt, während Reich und Staat trotz der schönen Form immer mehr erstarren und eine Rückwärtsbewegung nehmen. Man sollte glauben, daß dies in den maßgebenden Kreisen zuerst erkannt wird.

3. Falls das Besoldungssperregesetz trotz des beginnenden Abbaues unter allen Umständen auch noch auf die Bürgermeister angewendet werden soll, obwohl diese nur auf bestimmte Zeit gewählt sind und später sich unter Umständen um einen neuen Beruf umsehen müssen, gibt es nur eine Möglichkeit, nämlich daß die Regierung diese Zurückstufung verfügt und die Verantwortung dafür übernimmt. Bürgerausschüsse, die etwas auf sich halten, werden es ablehnen, dem Rat des Reichspräsidenten zu folgen und die einmal aus wohl-ermöglichten Gründen genehmigte Einführung abzuändern. Der in dem Artikel eingeschlagene Weg, die Öffentlichkeit durch einander zu machen, ist jedenfalls verwerflich und allerniedrigsten geeignet, dem Staats- und Gemeinwohl zu dienen.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Mit Entschließung vom 4. Februar 1924 Nr. 5180 wurde die Vereinigung der abgeordneten Gemarkung Rheinböschheimer Korlewald mit der Gemeinde Rheinböschheim (Amtsbezirk Kehl) mit Wirkung vom 1. April 1924 angeordnet.

Die Anordnung ist rechtsverbindlich.

Karlsruhe, den 27. Juni 1924.

Der Minister des Innern

Kemmler

Bekanntmachung

Mit Entschließung vom 1. April 1924 Nr. 23 276 wurde die Vereinigung der abgeordneten Gemarkung Hof Oriental mit der Gemeinde Grohndorf (Amtsbezirk Tauberbischofsheim) mit Wirkung vom 1. April 1924 angeordnet.

Die Anordnung ist rechtsverbindlich.

Karlsruhe, den 27. Juni 1924.

Der Minister des Innern

Kemmler

Bekanntmachung

Mit Entschließung vom 9. April 1924 Nr. 18 553 wurde die Vereinigung der abgeordneten Gemarkung Dellingen mit der Gemeinde Waldhausen (Amtsbezirk Donaueschingen) mit Wirkung vom 1. April 1924 angeordnet.

Die Anordnung ist rechtsverbindlich.

Karlsruhe, den 27. Juni 1924.

Der Minister des Innern

Kemmler

Bekanntmachung

Mit Entschließung vom 1. Mai 1924 Nr. 22 014 wurde die Vereinigung der abgeordneten Gemarkung Rimmelsbacher Höhe mit der Gemeinde Wöllersbach (Amtsbezirk Ettlingen) mit Wirkung vom 1. Juli 1924 angeordnet.

Die Anordnung ist rechtsverbindlich.

Karlsruhe, den 28. Juni 1924.

Der Minister des Innern

Kemmler

la. Steinkohlen
Koks, Grudekoks
Steinkohlen-u. Braunkohlenbriketts
Brennholz

liefern

Carl August Nietem & Co.
Kohlenhandels-gesellschaft

Hauptbüro: Rheinhafen, Nordbeckenstr. 6
Fernsprecher 982 und 5165
Stadtbüros: Kaiserstraße 118,
Fernsprecher 5506
Durlacher Allee 10 (Vertr.: Wilh. Kaeller)
Fernsprecher 5724 D.14

Haben Sie schon
eine Hängematte?
Wir liefern solange Vorrat das Stück zu **Mark 4.50**
direkt gegen Nachnahme.
Gebrüder Kolesch, Eisernen-Fabrik
Iphofen (Mittelranken) D.426

Soeben erschienen:
Q. 6
in Mannheim
Ein Beitrag zur Topographie und Genealogie der Stadt
von
Ministerialrat Dr. phil. Fritz Hirsch
ord. Honorar-Professor an der Techn. Hochschule
Fredericiana zu Karlsruhe

Mit 15 Abbildungen Preis geheftet Mf. 4.80, gebunden Mf. 6.00

Inhalt: I. Die Stadt-Gefängnisse für Jüdisch und Criminalarrestanten. — II. Das Zucht- und Waisenhaus ad Sanctum Michaellem. — III. Der Altar der St. Michaelskirche und dessen Verfertiger. — IV. Mathias Straßer, ein Pensionär in Q. 6. — Personen-Register. — Orts- und Sach-Register.

Verlag G. Braun, G. m. b. H. in Karlsruhe

Metallbetten

Stahlmatt., Kinderbett., direkt an Private, Katalog 78 R frei. Eisenmöbelfabrik Sulz (Zürich)

Öffentliche Versteigerung gegen Verzinsung. Fundstücken vom 1. Vierteljahr 1924 und unanbringliche Güter, darunter 6 Herrenfahräder, 2 leere Weinfässer, 628 und 604 Bierfässer, goldene und silberne Damenarmbänder, 1 goldene Halskette, goldene Ringe, Schneeschuhe, 1 Storbisack, 35 kg Lebertran-Emulsion, werden am **Mittwoch, den 2. Donnerstag, den 3. und Freitag, den 11. Juli 1924, vormittags 9 Uhr und nachmittags 3 Uhr** beginnend, in dem Versteigerungsraum Karlsruhe Hauptbahnhof (Eingang Raxauerbahnhof) meistbietend versteigert. Die besonders genannten Gegenstände werden am 3. Juli von 10 Uhr vormittags an ausbezahlt. B. 793.2.1
Karlsruhe, 24. Juni 1924.
Reichsbahndirektion.
Materialamt.